

## CDH im Dialog mit der Bundesregierung

Am 17. Januar 2017 trafen sich die führenden Verbände der gewerblichen Wirtschaft zur jährlichen Aussprache mit der Bundesregierung. Die Bundesminister Sigmar Gabriel und Dr. Wolfgang Schäuble sowie Thorben Albrecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, stellten sich den Mitgliedsverbänden des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, dem unter anderem die CDH angehört. Für die CDH nahmen Präsident Dirk P. Goeldner und Hauptgeschäftsführer Eckhard Döpfer teil.

Der Vorsitzende des Gemeinschaftsausschusses, ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer, hob in seinem Eröffnungstatement hervor, dass es rückblickend auf das Jahr 2016 nicht ausreiche, eine rein wirtschaftliche Bilanz zu ziehen – auch wenn diese insgesamt erfreulich sei. Vielmehr habe sich unser Land politisch und gesellschaftlich verändert. Auch die Präsidentschaftswahl in den USA habe gezeigt, dass sich die Welt in einem Veränderungsprozess befinde, der scheinbar unaufhaltsam in Richtung Renationalisierung laufe.

In diesen unsicheren Zeiten stünden Politik und Wirtschaft besonders in der Verantwortung, Vertrauen zu schaffen. Voraussetzung für einen starken Beitrag der Wirtschaft sei deren Leistungsfähig-

keit. Die großzügige Verteilung von Sozialleistungen, wie etwa die „Rente mit 63“ oder die „Mütterrente“, seien insofern kontraproduktiv gewesen.

Die Themen Altersvorsorge, Fachkräfte und Qualifizierung, Klimapolitik, Investitionen sowie Steuerpolitik und Bürokratieabbau ständen aus Sicht der anwesenden Verbände im Fokus. Bei der Alterssicherung sei die Einführung der Flexi-Rente, die längeres Arbeiten und einen flexiblen Einstieg in die gesetzliche Rente erleichtere, die richtige Entscheidung gewesen. Sie sei aber leider viel zu bürokratisch und unpraktikabel ausgestaltet worden. Die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen sei zu begrüßen, allerdings – und das betonte auch die CDH – muss den Selbstständigen selbst überlassen bleiben, ob sie gesetzlich oder privat für das Alter vorsorgen wollen.

Eine besondere Belastung für die Wirtschaft sei die anhaltende Niedrigzinsphase, die beendet werden müsse, auch um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems wieder herzustellen. Dazu brauche es eine innovations- und investitionsfreundliche Politik – sowohl in Deutschland als auch in Europa.

Hinsichtlich des Fachkräftemangels sei viel Gewicht auf Qualifizierung zu legen. Allen Menschen – schwächeren

Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund – müssten Chancen auf ihrem Weg ins Berufsleben gegeben werden. Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit der Ausbildungssysteme müssten gefördert werden.

Bei der Klimapolitik sei noch Vieles im Argen. Wollseifer warnte insbesondere vor noch mehr staatlichem Dirigismus. Bei der Digitalisierung wünsche sich die deutsche Wirtschaft die flächendeckende Einführung einer elektronischen Verwaltung und einen entschiedenen Ausbau der flächendeckenden Breitbandversorgung.

Die gute Haushaltslage müsse auch für Entlastungen genutzt werden. Über eine Reform des Einkommenssteuertarifs könnten Bürger und Unternehmen wirksam entlastet werden. Ebenso gehöre der Solidaritätszuschlag endgültig abgeschafft. Minister Schäuble wies darauf hin, dass er die weltwirtschaftlichen Risiken für größer erachte, als diese derzeit sichtbar seien. Zu steuerlichen Entlastungen äußerte er sich nicht. Die Forderung nach mehr Investitionen in Anbetracht der unerwarteten Höhe des Haushaltsüberschusses hielt er für unangebracht, da die in 2016 bewilligten Investitionsmittel in großen Teilen aufgrund struktureller Probleme nicht abgerufen worden seien.

## Geschäftsführer-Treffen der IUCAB-Mitgliedsverbände

Am 27. Januar hat die Secretarial Working Group (SWG) – die Arbeitsgruppe der Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer der IUCAB Mitgliedsverbände – ihr jährliches Treffen in der Geschäftsstelle des italienischen Mitgliedsverbandes USARCI in Turin abgehalten. Für die CDH nahm Hauptgeschäftsführer Eckhard Döpfer teil.

Unter anderem wurde die weltwirtschaftliche Situation mit einem Fokus

auf die EU-Mitgliedsstaaten und die dortige Lage der Handelsvertretungen ausführlich besprochen. Die wirtschaftliche Situation habe sich europaweit verbessert. Neben Deutschland, Frankreich und Österreich konnten sich auch weitere europäische Länder über positive Entwicklungen freuen. Insbesondere die osteuropäischen Länder und die baltischen Staaten hätten Wachstumsraten von 3% und höher erzielt.

Als wichtige Faktoren für die weitere Entwicklung der weltwirtschaftlichen Lage wurden die Dollar-Stärke bzw. die Euro-Schwäche und insbesondere auch die Weiterentwicklung des Rohölpreises ausgemacht.

Auch die Inflationsraten legten in den einzelnen EU-Staaten wieder zu. Sie könnten langfristig auch zu einer Abkehr von der derzeitigen Zinspolitik in der EU führen.



Bundesfachabteilung Lederwaren des CDH-Fachverbandes Mode – Sport – Accessoires  
Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin · Tel.: 030/72625600 · Fax: 030/72625699  
E-Mail: Centralvereinigung@cdh.de · www.cdh.de